

Gesundheitspolitische Wahlprogramme der Parteien zur Bundestagswahl 2021

Finanzierung;

Planung und Investitionsfinanzierung;

Beschäftigte und Arbeitsbedingungen



Wahlprogramm 2021 SPD

DAS ZUKUNFTSPROGRAMM

WOFÜR WIR STEHEN. WAS UNS ANTREIBT.
WONACH WIR STREBEN.

SPD Soziale
Politik für
Dich.



Pharmaindustrie

„Wir sehen es als unsere Pflicht dafür zu sorgen, dass die Medikamente, die hier entwickelt werden, in ärmeren Ländern nicht überteuert und knapp sind.“

- Keine konkreten Angaben, wie dieses Ziel erreicht werden soll.

„... auch bei Medikamenten brauchen wir einen Sicherstellungsauftrag.“

- Maßnahmen, die dahin führen sollen, werden nicht beschrieben.

Aussagen zur stationären Versorgung 1

- *Wir wollen die Kommerzialisierung im Gesundheitswesen beenden, denn sie wirkt sich negativ auf die Versorgung der Patient*innen und die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten aus.*
- *Gewinne, die aus Mitteln der Solidargemeinschaft erwirtschaftet werden, sollen verpflichtend und weitestgehend wieder in das Gesundheitssystem zurückfließen*
- *Das System der Fallpauschalen werden wir auf den Prüfstand stellen, die Pauschalen überarbeiten und wo nötig abschaffen.*
- *Den individuellen Bedürfnissen von Kindern und Jugendlichen werden Fallpauschalen nicht gerecht... Deshalb werden wir die Finanzierung der Kinder- und Jugendmedizin neu strukturieren.*

Aussagen zur stationären Versorgung 2

- *Bei der Stärkung des Gemeinwohls spielen öffentliche Krankenhäuser eine zentrale Rolle.*
- *Insgesamt werden wir für eine bedarfsgerechte Grundfinanzierung der Kliniken und den Erhalt der Versorgung inklusive den Ausbau der integrierten Versorgungszentren in den ländlichen Regionen sorgen.*

Entwicklung der Krankenversicherung

Wir werden eine Bürgerversicherung einführen. Das bedeutet: Gleich guter Zugang zur medizinischen Versorgung für alle, eine solidarische Finanzierung und hohe Qualität der Leistungen.

Überwindung der Sektorengrenzen ambulanter und stationärer Versorgung

Wir brauchen eine stärkere Öffnung von Krankenhäusern für die ambulante und für teambasierte Formen der Versorgung. Dienstleistungen können dann von niedergelassenen Teams und Krankenhäusern gemeinsam erbracht werden.

Entwicklung des öffentlichen Gesundheitsdienstes

- Der öffentliche Gesundheitsdienst braucht bessere Rahmenbedingungen,*
- *eine bessere Ausstattung, auch mit Blick auf die digitale Infrastruktur – Hardware ebenso wie Software,*
 - *und eine konkurrenzfähige Vergütung*

Digitalisierung im Gesundheitswesen

Wir wollen die Potenziale der Digitalisierung für die Verbesserung von Diagnosen und für die flächendeckende gesundheitliche Versorgung entschlossener nutzen.

Datenschutz im Gesundheitswesen

Wir wollen Datenschutz gewährleisten und geeignete Rahmenbedingungen, damit nicht die großen Plattformen auch die Gesundheitswirtschaft dominieren.

Wahlprogramm 2021 Linke

Zeit zu handeln.

**Für soziale Sicherheit,
Frieden und
Klimagerechtigkeit!**

Wahlprogrammmentwurf

Der Pflegenotstand muss endlich gestoppt werden!

- *100 000 Pflegekräfte mehr in den Krankenhäusern und 100 000 Pflegekräfte mehr in den Pflegeheimen und 500 Euro mehr Grundgehalt!*
- *Wir brauchen eine gesetzliche Personalbemessung für alle Berufe im Krankenhaus und in Pflegeeinrichtungen!*
- *Für die Rücknahme von Ausgliederungen und Privatisierungen (etwa der Küchen- und Reinigungsdienstleistungen oder der Logistik). Es muss gelten: Ein Haus, ein Tarif!*
- *Der Pflegevorsorgefonds soll in einen Pflegepersonalfonds umgewandelt werden*
- *Medizinische Behandlungspflege, auch in stationären Pflegeeinrichtungen, muss von der gesetzlichen Krankenversicherung getragen werden*
- *Der gesetzlich verankerte Anspruch auf Gewinn, der sogenannter „Risikozuschlag“, für den der Staat im Zweifel bezahlt, muss ersatzlos gestrichen werden*
- *Pflegeeinrichtungen müssen gemeinwohlorientiert arbeiten.*
- *Für eine umfassende Planung der Pflegelandschaft wollen wir eine Pflegebedarfsplanung analog zur Krankenhausbedarfsplanung einführen.*
- *Durchsetzung von sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen für alle Pflegekräfte*

Krankenhausversorgung

- *Wir fordern die Abschaffung der Fallpauschalen! Die Betriebskosten müssen von den Krankenkassen vollständig refinanziert werden*
- *Gewinnverbot für Krankenhäuser*
- *Wir fordern einen Fonds des Bundes zur Rekommunalisierung, um eine weitere Privatisierung zu verhindern und Entprivatisierungsbestrebungen zu unterstützen*

Entwicklung der gesetzlichen Krankenversicherung

- *Solidarische Gesundheitsvollversicherung*
- *Alle zahlen ein, Beiträge werden auf alle Einkommen erhoben*
- *Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze*
- *Wir wollen die Trennung zwischen gesetzlicher und privater Krankenversicherung abschaffen*

Wir fordern, dass alle in Deutschland lebenden Menschen notwendige gesundheitliche Leistungen uneingeschränkt erhalten

Entwicklung der Pflegeversicherung

- *Die private Pflegeversicherung muss in die gesetzliche überführt werden. Die finanziellen Lasten müssen gerecht auf allen Schultern verteilt werden: auch Beamt*innen, Abgeordnete und Selbstständige müssen entsprechend ihrem Einkommen in die Solidarische Pflegevollversicherung einzahlen – ohne eine Beitragsbemessungsgrenze*
- *Unsere Solidarische Pflegevollversicherung deckt alle pflegerischen Leistungen ab. Menschen mit Pflegebedarf und ihre Familien müssen keine Eigenanteile zahlen*
- *Wir wollen sechs Wochen Freistellung bei vollem, arbeitgeberfinanzierten Lohnausgleich beim ersten Auftreten eines familiären Pflegefalls*
- *Rechtsanspruch auf familiengerechte Arbeitszeiten für alle, die Verantwortung in Erziehung und Pflege übernehmen*

Öffentlicher Gesundheitsdienst

Wir wollen eine finanzielle Stärkung des ÖGD und eine bessere Koordinierung. Im Mittelpunkt der Arbeit des ÖGD muss die soziale Komponente von Gesundheit stehen.

Soziale Ungleichheit im Gesundheitswesen

- *Wir fordern die Einführung des anonymen Krankenscheins, der illegalisierten Menschen den Zugang zur Gesundheitsversorgung ermöglicht*
- *Patientenvertreter*innen sollen in Zukunft mit Stimmrechten in Gremien der gemeinsamen Selbstverwaltung vertreten sein.*

Ambulante Versorgung

- *Wir wollen die Arztsitze gleichmäßiger verteilen und eine sektorenübergreifende Bedarfsplanung einführen.*
- *Regionale Versorgungszentren sollen mittelfristig zum Rückgrat des ambulanten Sektors werden.*
- *Wir wollen Kommunen unterstützen, eigene Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen zu betreiben und so die Versorgung zu sichern*
- *Durch den Betrieb von Medizinischen Versorgungszentren versuchen sich Konzerne Profitmöglichkeiten im ambulanten Bereich zu schaffen. Diese Entwicklung wollen wir rückgängig machen.*

Weitere gesundheitspolitische Forderungen

Wir wollen einen öffentlichen Haftungsfonds, um Hebammen unabhängig von privaten Versicherungen zu machen

Pharmaforschung und Pharmaindustrie

- *Arzneimittelpreise müssen effektiv und per Gesetz begrenzt werden.*
- *Alle Medikamente mit nachgewiesenem Nutzen müssen vollständig erstattet werden. Dafür muss eine Positivliste eingeführt werden.*
- *Für DIE LINKE ist Arzneimittelforschung eine öffentliche Aufgabe*
- *Mit öffentlichen Mitteln geförderte Forschung soll im Rahmen des »equitable licensing« zu sozialen Konditionen an ärmere Länder und Generikaproduzenten abgegeben werden*
- *Forschungsprogramme sollen zukünftig in einem transparenten und partizipativen Prozess entwickelt werden, der neben Expertenwissen die Allgemeinheit einbindet*

DEUTSCHLAND. ALLES IST DRIN.

Programmentwurf zur Bundestagswahl 2021



Wahlprogramm 2021 BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNE



Pandemithemen

- Pandemieschutzpläne aktualisieren
- Unabhängigen und interdisziplinären Pandemierat einrichten
- investieren in Gesundheitsforschung, z.B. bei Medikamenten oder Entwicklung neuer Testverfahren.
- Produktion von Medikamenten und Medizinprodukten soll – in europäischer Kooperation – vorangetrieben werden
- die Versorgung, z.B. mit Atemschutzmasken, durch eigene Produktionsstandorte sicherstellen
- Gesundheitsämter stärken: 1% der Gesundheitsausgaben in ÖGD, neu zu schaffendes Bundesinstitut für Gesundheit als starke Säule der öffentlichen Gesundheitsfürsorge



Verschiedene Themen

- mehr Kassenzulassungen von Psychotherapeut*innen
- Bei der unzureichenden Reform der Psychotherapie-Ausbildung muss nachgebessert werden, unter anderem damit angehende Psychotherapeut*innen endlich unter guten Bedingungen ausgebildet werden.
- Verbesserungen bei der Geburtshilfe und eine Unterstützung freiberuflicher Hebammen, Reform der Haftpflicht für Gesundheitsberufe
- mit einem Cannabiskontrollgesetz das bestehende Cannabisverbot aufheben und einen kontrollierten Verkauf von Cannabis in lizenzierten Fachgeschäften ermöglichen auf der Grundlage eines strikten Jugend- und Verbraucherschutzes
- Gründung einer von den Patient*innen- und Selbsthilfeorganisationen getragenen Stiftung, die der Unabhängigen Patientenberatung eine verlässliche und gemeinnützige neue Heimat gibt.



Zugang zu Gesundheitsleistungen für benachteiligte Bevölkerungsgruppen

- Damit Sprache keine unüberwindbare Hürde darstellt, wollen wir einen Anspruch auf qualifizierte Sprachmittlung im SGB V schaffen
- Die erleichterte Abschiebung von erkrankten und traumatisierten Geflüchteten wollen wir zurücknehmen
- Anerkennung von psychotherapeutischen Gutachten im Verfahren wieder ermöglichen
- Zugang zum Gesundheitssystem sichern, Diskriminierung (Barrierefreiheit, diskriminierungsfreie Gesundheitsversorgung für LSBTIQ*, Blutspende)
- anonymen Krankenschein für Menschen ohne Papiere; Abschaffung der Mitteilungs- und Unterrichtungspflichten an öffentlichen Stellen



solidarisch finanzierte Bürgerversicherung

- jede*r bekommt unabhängig vom Einkommen die Versorgung, die er oder sie braucht
- Alle, auch Beamte, Selbständige, Unternehmer*innen und Abgeordnete
- beteiligen sich mit einkommensabhängigen Beiträgen
- neben Löhnen und Gehältern sollen Beiträge auf Kapitaleinkommen erhoben werden
- Für gesetzlich Versicherte mit Beitragsschulden wollen wir die vollwertige Rückkehr in die Krankenkasse erleichtern und wir wollen die Absicherung von gering verdienenden Selbständigen in der Krankenversicherung verbessern
- Mit einer solidarischen Pflege-Bürgerversicherung wollen wir dafür sorgen, dass sich alle mit einkommensabhängigen Beiträgen an der Finanzierung des Pflegerisikos beteiligen
- Als ersten Schritt verbessern wir die Versorgung gesetzlich Versicherter – zum Beispiel bei der Erstattung von Brillen
 - eine Regelung, die unter rot-grüner Regierung eingeführt worden war...



Krankenhaus

- Kliniken sollen deshalb in Zukunft nicht mehr nur nach Fallzahl, sondern auch **nach ihrem gesellschaftlichen Auftrag finanziert** werden. Dafür braucht es ein neues Finanzierungssystem, das eine starke Säule der Strukturfinanzierung beinhaltet.
- Vorgaben zur Personalbemessung, Behandlungs- und Versorgungsqualität sollen eine qualitativ hochwertige und bedarfsgerechte Versorgung sichern
- Bund und Länder sollen die **Investitionskosten** gemeinsam tragen
- Es braucht eine verbindlichere Landeskrankenhausplanung, die die öffentlichen Versorgungsinteressen an Grund-, Schwerpunkt- und Maximalversorgung definiert. Der Bund soll die Möglichkeit haben, dafür gemeinsame bundesweite Grundsätze für die Krankenhausplanung zu definieren.



Pflege (1)

- Wir wollen eine verbindliche Personalbemessung – auch in der Langzeitpflege,
- mehr eigenverantwortliche Arbeit von Fachkräften,
- die Einführung der 35-Stunden-Woche in der Pflege,
- Ausnahmen im Arbeitszeitgesetz für den Gesundheitsbereich beschränken,
- Wir wollen die gesetzliche Pflegeversicherung verpflichten, nur noch mit Anbietern zusammenzuarbeiten, die nach Tarif bezahlen.
- Mit einer doppelten Pflegegarantie wollen wir die Eigenanteile schnell senken und dauerhaft deckeln. Selbst aufzubringende Kosten sollen verlässlich planbar werden. Die Pflegeversicherung soll alle über diesen Betrag hinausgehenden Kosten für eine bedarfsgerechte Pflege tragen



Pflege (2)

- Wir wollen die rechtlichen Rahmenbedingungen für Quartierspflege schaffen und den Kommunen ermöglichen, eine verbindliche Pflegebedarfsplanung vorzunehmen, um das Angebot an Pflege vor Ort zu gestalten
- Leistungen der Pflegeversicherung sollen bedarfsgerecht, wohnformunabhängig und als persönliches Budget verfügbar sein
- Mit der Einführung einer PflegezeitPlus wollen wir allen Erwerbstätigen, die Angehörige, NachbarInnen oder Freunde pflegen, eine Lohnersatzleistung gewähren, die bei dreimonatigem Vollausstieg und dreijährigem Teilausstieg, die pflegebedingte Arbeitszeitreduzierungen finanziell abfedert.
- Einflussmöglichkeiten der professionellen Pflege und ihre Strukturen auf Bundesebene stärken, beispielsweise durch eine Bundespflegekammer und vor allem durch starke Mitspracherechte im Gemeinsamen Bundesausschuss



Ambulante Versorgung, sektorenübergreifende Behandlungsangebote

- Wir wollen, dass ambulante und stationäre Angebote in Zukunft übergreifend geplant werden und etwa regionale Versorgungsverbände mit enger Anbindung an die Kommunen gefördert werden.
- Perspektivisch soll es eine gemeinsame Abrechnungssystematik für ambulante und stationäre Leistungen geben.
- Wir wollen die strikte Trennung der ambulanten Gebührenordnungen EBM und GOÄ aufheben.
- Wir wollen die Einrichtung von gemeinwohlorientierten regionalen Gesundheitszentren unterstützen, in denen alle Gesundheitsberufe unter gemeinsamer Trägerschaft auf Augenhöhe zusammenarbeiten.



Notfallversorgung

- An zentralen Klinikstandorten soll in Notfallzentren eine nahtlose Verzahnung der bislang getrennten ambulanten und stationären Versorgungsmöglichkeiten der Notfallversorgung erfolgen.
- Notrufleitstellen der Nummern 112 und 116117 müssen organisatorisch zusammengeführt werden zu einer einheitlichen Gesundheitsleitstelle mit zentraler Lotsenfunktion.
- Der Rettungsdienst soll wie die übrige Gesundheitsversorgung gesetzlich geregelt werden.



Internationale Gesundheitspolitik

- Die Produktion von Medikamenten und Medizinprodukten soll – in europäischer Kooperation – vorangetrieben werden.
- Gemeinsame Planung und Nutzung medizinischer Notfallkapazitäten auf europäischer Ebene
- Schaffung eines europäischen Frühwarnsystem und die gemeinsame Erhebung und Nutzung relevanter Daten.
- Wir setzen uns für den zügigen Aufbau von HERA ein, einer EU-Behörde, die künftig staatliche und privatwirtschaftliche Aktivitäten besser koordinieren soll.
- Das Europäische Zentrum für die Prävention und Kontrolle von Krankheiten wollen wir stärken und uns für eine engere Kooperation mit nationalen Gesundheitsbehörden einsetzen.

Wahlprogramm 2021 FDP

NIE GAB

ES MEHR

ZU TUN.

WAHLPROGRAMM

DER

Wir sind Freie Demokraten. Wir glauben, dass Deutschland jetzt einen Neustart braucht. Wir glauben, dass es moderner, digitaler und freier werden muss. Wir glauben an das große Potenzial unseres Landes. Wir sind bereit, Verantwortung dafür zu übernehmen.

FREIEN DEMOKRATEN

**Freie
Demokraten**
FDP

Populäre Forderungen

- Robert Koch-Institut (RKI) soll politisch unabhängig sein nach dem Vorbild der Deutschen Bundesbank
- Maßnahmen mit dem Ziel, die Herstellung von Arzneimitteln nach Deutschland oder die EU zurück zu verlagern
- liberales Sterbehilfegesetz
- kontrollierte Freigabe von Cannabis
- Barrierefreiheit im öffentlichen Raum
- Entbürokratisierung für die Pflege (auch Digitalisierungsschub)
- pflegende Angehörige entlasten

Klientelpolitik

- Freie Berufe: Ärzte, Zahnärzte, Tierärzte, Apotheker, Heilmittel-erbringer, Hebammen müssen in medizinischen Fragen autonom entscheiden können, denn die **Therapiefreiheit der Behandlung ohne Budgetierungszwang** kommt den Patienten zugute
- Psychische Gesundheit fördern - weniger Wartezeiten
- Faire Wettbewerbsbedingungen für Apotheken: faire Rahmenbedingungen zwischen inländischen Apotheken und in- und ausländischen Versandapotheken
- Mündige Bürger auch in der Krankenversicherung: Wechsel zwischen GKV und PKV vereinfachen, mehr Wettbewerb zwischen Kassen ermöglichen
- Digitalisierung in Pflege und Krankenhaus

Krankenhäuser

- nachhaltige Verbesserung der Investitionsfinanzierung für maximalversorgende und kleinere spezialisierte Krankenhäuser
 - Das bedeutet mutmaßlich Zentralisierung und Schließung der anderen Krankenhäuser
- Höhere Qualität muss durch das Vergütungssystem belohnt werden
 - Das ist ein Plädoyer für Selektivverträge.
- Fehlanreize für eine Überversorgung und ein Überangebot an Krankenhausleistungen sollen bereinigt werden
- Abkehr von den Pflegepersonaluntergrenzen; wir brauchen geeignetes Instrument wie die PPR 2.0
- Eine Einschränkung oder ein pauschales Verbot der Zeitarbeit lehnen wir ab
- eine „Bepreisung“ der Bürokratie- und Berichtspflichten; bezahlen soll sie künftig derjenige, der sie anfordert

Heiner Garg (FDP) Gesundheitsminister Schleswig-Holstein

„Durch eine erlösunabhängige Vergütungskomponente (Basisfinanzierung) muss die Finanzierung der akutstationären Versorgung der Bevölkerung auf dem Land und in den Städten mit ihren spezifischen Vorhaltekosten (inklusive Personalkosten) sichergestellt werden. Diese Basisfinanzierung ergänzt zukünftig die leistungsbezogene Abrechnung nach den DRGs. Die bisherige Form der Sicherstellungszuschläge hat sich für die Deckung spezifischer Vorhaltekosten als ungeeignet erwiesen. Sicherstellungszuschläge bieten den Krankenhäusern keine hinreichende Planungssicherheit.“

CDU CSU

**Das Programm für Stabilität
und Erneuerung.**

GEMEINSAM FÜR EIN MODERNES DEUTSCHLAND.

Wahlprogramm 2021 CDU / CSU

Entwicklung der Krankenversicherung

Zur Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung setzen wir weiter auf einkommensabhängige **paritätische Beiträge**, **Eigenbeteiligung** und einen **Steueranteil für versicherungsfremde Leistungen**.

Eine umfassende Versorgung der Bürgerinnen und Bürger und den Erhalt unseres sehr guten Gesundheitssystems erreichen wir mit der bewährten Selbstverwaltung, der freien Arzt- und Therapiewahl sowie mit dem Zusammenspiel von gesetzlichen und privaten Krankenversicherungen.

Eine Einheitsversicherung und Schritte dahin lehnen wir ab.

Sektorenübergreifende Versorgung

In einem zukunftsfähigen Gesundheitswesen setzen wir deshalb auf stärkere **vernetzte Zusammenarbeit** der einzelnen Akteure und nutzen das Potenzial der Digitalisierung.

Vorschläge zur Digitalisierung im Gesundheitswesen

Wir werden an die e-Health-Strategie den Prozess „Digitale Gesundheit 2025“ anschließen und diesen zu einer ressortübergreifenden eHealth-Roadmap „Digitale Gesundheit 2030“ weiterentwickeln, die konkrete Handlungsempfehlungen für die digitalisierte Gesundheitsversorgung der Zukunft bis zum Jahr 2030 vorgibt.

Die Patientinnen und Patienten der Zukunft werden – unter Wahrung des Schutzes ihrer Daten – ihre gesamte Krankengeschichte an einem Ort speichern und Ärzte und andere Leistungserbringer darauf zugreifen lassen können.

Digitale Versorgungsketten sollen Informationslücken zwischen Praxis und Krankenhaus beseitigen.

Wir wollen weitere 500 Millionen Euro für eine Innovationsoffensive für Robotik und Digitalisierung in der Pflege bereitstellen.

Vorschläge zur Digitalisierung im Gesundheitswesen

- Die mit dem Krankenhauszukunftsgesetz in der Pandemie begonnene Offensive des Bundes für mehr digitale Investitionen in den Krankenhäusern wollen wir weiterführen und verstärken.
- Mit dem **virtuellen Krankenhaus** wollen wir medizinisches Spezialwissen überall im Land gleichermaßen verfügbar machen. **Televisiten und digitale fachliche Beratungen** zwischen mehreren Ärzten eröffnen neue Perspektiven zur besseren Patientenversorgung vor Ort und können Erkrankten eine Verlegung ersparen

Vorschläge zur Krankenhauspolitik

- Wir wollen, dass die **Ziele einer bedarfsgerechten und flächendeckenden Grund- und Regelversorgung** in der Krankenhausplanung und insbesondere in der Krankenhausfinanzierung wesentlich stärker berücksichtigt werden, gerade mit Blick auf den ländlichen Raum.
- Gleichzeitig wollen wir im Interesse der Patientensicherheit für komplexe Behandlungen eine stärkere Bündelung entsprechender klinischer Angebote.

Keine Aussagen zu Problemen der Krankenhausfinanzierung im Wahlprogramm

Selbstbestimmung und Patientensouveränität stärken

Wir wollen eine lebensbejahende Beratung für Menschen, die unheilbar und mit begrenzter Lebenserwartung erkrankt sind. Statt Sterbehilfe zu kommerzialisieren, werden wir dafür sorgen, dass wir den **Zugang zur Hospiz- oder Palliativversorgung garantieren.**

Drogenpolitik

Eine Legalisierung illegaler Drogen lehnen wir ab.

Was wir brauchen, sind **Aufklärung sowie frühe und massentauglichere Sanktionen**, die der Tat auf dem Fuße folgen und unmittelbar zur Wahrnehmung von Beratungs- und Therapieangeboten veranlassen

Förderung medizinischer Forschung

- Innovationen für Patientinnen und Patienten entwickeln zu können, müssen forschende Pharmaunternehmen die Möglichkeit haben, **pseudonymisierte Versorgungsdaten** zu erhalten.
- Die **zügige Bearbeitung aus der Pandemiezeit entsprechender Anträge wollen wir auch für die Zeit nach der Pandemie erhalten** und werden daher das Paul-Ehrlich-Institut und das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte finanziell und personell verstärken.
- Investoren und Forscher können sich darauf verlassen, dass in Deutschland auch **weiterhin der Patentschutz gilt**.
- **Künstliche Intelligenz (KI)** ist eine Schlüsseltechnologie. Wir setzen uns für ein Wertesystem ein, das Chancen von KI für die Gesundheitsversorgung nutzt und zugleich Risiken minimiert.

Öffentlichen Gesundheitsdienst modernisieren

- Bund und Länder haben einen „Pakt für den Öffentlichen Gesundheitsdienst“ geschlossen, um den ÖGD in seiner ganzen Aufgabenvielfalt und auf allen Verwaltungsebenen zu stärken und zu modernisieren.
- Der Bund stellt für die Umsetzung des Paktes insgesamt **Mittel in Höhe von vier Milliarden Euro bis 2026** zur Verfügung, um den Personal- aufbau und die Digitalisierung in den unteren Gesundheitsbehörden zu unterstützen.
- Wir werden das Robert-Koch-Institut stärken und zum deutschen Public-Health-Institut ausbauen.
- Neben seiner wissenschaftlichen Arbeit muss es in Zukunft noch viel stärker bei der Bekämpfung von epidemischen Gesundheitsgefahren tätig sein.

Zur Situation der Krankenpflege

- Wir wollen die **Trägervielfalt** in der Pflege als Ausdruck einer pluralen Gesellschaft stärken. Auch hier erhoffen wir uns vom Wettbewerb bessere Angebote.
- Wir wollen die Pflegebereiche als Berufsgruppe an der Selbstverwaltung im Gesundheitsrecht beteiligen, indem wir uns für die Einrichtung einer **Bundespflegekammer** einsetzen.
- Auch in der Pflege gilt es, die vielfältigen **Chancen der Digitalisierung** zum Wohle pflegebedürftiger Menschen zu nutzen. So kann Digitalisierung in der Pflege durch die Weiterentwicklung technischer Assistenz- und Warnsysteme älteren Menschen mehr Sicherheit und Eigenständigkeit geben. Digitale Infrastrukturen sollen ausgebaut und Pflegedokumentationen erleichtert werden.

Pflegeversicherung weiterentwickeln

- Wir werden prüfen, wie wir das Instrument der **betrieblichen Pflegezusatzversicherung stärken** und staatlich fördern können.
- Um mit Blick auf den demografischen Wandel künftig unverhältnismäßig steigenden Beiträgen in der Pflegeversicherung entgegenzuwirken, wollen wir den **Pflegevorsorgefonds bis 2050** verlängern.
- Wir setzen uns für eine **Dynamisierung des Pflegegeldes** ein und befürworten die Einführung einer Regeldynamisierung für alle Leistungen auf Grundlage der Lohnentwicklung.
- Wir stehen neuen Wohn- und Betreuungsformen aufgeschlossen gegenüber und werden deren Einführung unterstützen.
- Wir setzen uns dafür ein, die bisherigen Leistungen für Angebote der Kurzzeit- und Verhinderungspflege sowie Betreuungsleistungen zu einem Budget zusammenzufassen.
- Deshalb werden wir die Länder und Kommunen darin unterstützen, **quartiersbezogene und sektorenübergreifende Versorgungskonzepte** umzusetzen.

Förderung der Ausbildung in Gesundheitsberufen

- Wir wollen die Willkommenskultur für ausländische Pflegefachkräfte stärken und setzen uns für eine **generelle Schulgeldfreiheit für Gesundheits- und Pflegeberufe** ein, um dem wachsenden Bedarf an Pflege- und Gesundheitsleistungen gerecht zu werden.
- Zusammen mit den Ländern wollen wir eine bundesweite **Harmonisierung der Assistenzausbildung** in der Pflege erreichen.

Deutschlands Verantwortung für globale Gesundheit

- Wir wollen die WHO nachhaltig stärken, finanziell, technisch und politisch. Deutschland tritt vernehmbar für eine schlagkräftige WHO ein, zu der auch alle Mitgliedstaaten ihren Beitrag leisten.
- Deutschland wird die Initiative zu einem internationalen Pandemievertrag zur Stärkung der globalen Gesundheitssicherheit weiter aktiv unterstützen.